Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

zugleich

Oberlungwitzer Tageblatt

und

Gersdorfer Tageblatt

Bezugspreis monatlich 20,— M. durch Boten frei ins Haus geliefert, bei Abholung in den Geschäftsstellen 19.— M., Wochenkarten 4.50 M. Bei Postbezug vierteljährlich 60.— M. einschl. Zustellungsgebühr. Einzelne Nummer 1 Mk. Ausgabe werktäglich nachmittags. Falls durch höhere Gewalt, Betriebsstörung, Streik, Sperre, Aussperrung der Anzeiger verspätet oder nicht erscheint, ist der Verlag nicht zum Ersatz verpflichtet. — Postscheckkonto Leipzig 42214. Geschäftsstelle: Hohenstein-Ernstthal, Bahnstr. 3.

Anzeigenpreis die 5gespaltene Korpuszeile 2.— M., Millimeterzeile 7.— M.; bei Wiederholungen tarifmäßiger Nachlaß. — Auskunftserteilung und Vermittlung von sachtatsächlichen Angeboten 2.— Mk. — Anzeigenaufgabe durch Fernsprecher schließt jeden Ersatzanspruch aus. — Bei zwangsweiser Eintreibung der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfalle gelangt der volle Betrag unter Wegfall der bei sofortiger Bezahlung bewilligten Abzüge in Anrechnung. — Fernsprecher Nr. 131. —

Anzeiger für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Langenchursdorf, Reichenbach, Hermsdorf, Bernsdorf, Rüsdorf, Erlbach, Kirchberg, Ursprung, Wüstenbrand, Mittelbach usw.

Nr. 120 — **Mittwoch, den 24. Mai 1922** — **49. Jahrgang**

Die Auszahlung der Teuerungszuschüsse an Schwerkriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene (Witwen, Voll-, Halbwaisen und Kriegereltern) für den Monat Juni 1922 erfolgt für die Namen der Buchstaben: A—L Freitag, den 26. Mai 1922, vormittags 7—12 Uhr, M—Z Dienstag, den 30. Mai 1922, vormittags 7—12 Uhr im Altstädter Stadthaus, Zimmer 10. Pünktliches Erscheinen ist erforderlich Lohnnachweise auf Monat Mai d. J. sind mitzubringen.

Hohenstein-Ernstthal, am 24 Mai 1922. Ortsamt für Kriegerfürsorge.

Kapitalkleinrentner. Kartoffelverkauf Freitag vorm. 8—9 Uhr im Rathaus.

Oberlungwitz.

Freibank I (Postgut). Heute Mittwoch, den 24. Mai, von nachm. 6 Uhr an rohes Rindfleisch, Pfund 25 Mk.

Oberlungwitz, den 24. Mai 1922. Der Gemeindevorstand.

Amerikas Hilfe.

Der amerikanische Bankier Vanderlip behandelt in einem Leitartikel der Vossischen Zeitung ausführlich Amerikas Hilfe beim Wiederaufbau Europas und schreibt u. a.: Das große Problem des wirtschaftlichen Wiederaufbaues ist in Genua nicht behandelt worden. Die Konferenz war verhindert, die wichtigsten Fragen aufzugreifen, durch die allein eine Lösung der europäischen Schwierigkeiten erreicht werden kann. Diese wichtigsten Punkte sind folgende:

1. die Neuformulierung der deutschen Kriegsschulden in einer solchen Form, daß sie für Deutschland erträglich werden;

2. eine Beschränkung der Rüstungen, so daß durch Herabsetzung der militärischen Ausgaben die Hoffnung bestehen wird, das Budget einzelner Länder auszugleichen;

3. eine Neuordnung und endgültige Festlegung der Grenzen, so daß die Zukunft einige politische Sicherheit versprechen dürfte.

4. Augenblicklich besteht in der Welt bei verschiedenen Regierungen eine Gesamtverschuldung gegenüber anderen Regierungen in Höhe von ungefähr 25 Milliarden Dollar. Eine Form muß gefunden werden, um diese Schulden in praktisch tragbare Lasten umzuwandeln.

5. Nachdem auf diese Weise ein politischer und wirtschaftlicher Ausgleich erzielt worden ist, wird es notwendig sein, Kredite ausfindig zu machen, um das europäische Transportsystem wieder in Gang zu bringen, um die Wechselkurse stabilisieren zu helfen und zeitweise den Ländern zu helfen, deren Lebensmittelerzeugung knapp ist, bis sie ihren Außenhandel wieder balancieren können.

Was hat Amerika zu tun, um in der Verfolgung dieser Ziele zu helfen? Die eiligste Aufgabe ist die, die deutschen Kriegsschulden so zu formulieren, um Europa vor dem Gespenst des Zusammenbruchs der deutschen Finanzen oder einer militärischen Invasion seitens Frankreichs zu befreien. Es bestehen zwei Vorschläge bezüglich der Kriegsentschädigungen: Robert Horne schlägt vor, die Kriegsschulden von 132 auf 110 Milliarden herabzusetzen, für 65 Milliarden ein unbeschränktes Moratorium zu gewähren und von Deutschland die volle Anerkennung und den Versuch der Zinszahlung einer Schuld von 45 Milliarden Goldmark zu erlangen. Die Deutschen glauben, daß sie eine solche finanzielle Last unmöglich übernehmen können. Ihr Gegenvorschlag geht darauf hinaus, Bonds herauszugeben, die vor allen anderen Schuldforderungen rangieren sollen und durch Zölle und die Verpfändung der vom Staate betriebenen Unternehmungen ebenso wie durch die Steuern auf großzügige industrielle und landwirtschaftliche Unternehmungen garantiert werden soll.

Die vorgeschlagene Anleihe beträgt 4 Milliarden Goldmark, die mit 1 v. H. getilgt werden und folgenden Zwecken dienen soll: 2½ Milliarden Goldmark werden den Alliierten als Vorschußzahlung auf die Kriegsschulden übergeben, um die Schuldforderungen für vier Jahre zu decken, 500 Millionen dienen zur Stabilisierung der Wechselkurse, 500 Millionen sollen verwendet werden, um Forderungen für beschlagnahmtes Eigentum fremder Bürger zu begleichen, 500 Millionen, um die ersten Anforderungen für den Anleihedienst zu befriedigen. Die 2,5 Milliarden Vorschußzahlung werden nach derselben Skala an die Alliierten verteilt, nach der die Schuldzahlungen jetzt festgestellt sind, nämlich 52 v. H. an Frankreich. Einen Teil dieser Anleihe wird man hoffentlich in Amerika anbringen können. Amerikanische Geldgeber werden zweifellos zögern, ihr Geld hierfür anzulegen, außer wenn Deutschland in eine solche Lage gebracht wird, daß seine finanziellen Aussichten günstig erscheinen. Deutschland hat eine Vorkriegsschuld von fünf Milliarden Goldmark. Das Reich erhob weiter Anleihen von 66 Milliarden Papiermark, übernahm eine weitere Schuld von 26 Milliarden durch den Erwerb von Eisenbahnen, hat 14 Milliarden Obligationen an die Bundesstaaten und Gemeinden und außerdem 246 Milliarden diskontierte Schatzanweisungen. So groß diese Summe erscheint, bedeutet sie bei einer Dollarparität von 250 nur eine Verschuldung von 1,5 Milliarden Dollar. Wenn eine vernünftige Ordnung der künftigen Schuldforderungen erreicht und speziell Sicherheit für die beabsichtigte Anleihe gegeben werden kann, würde es sich um eine gute Anleihe handeln, bei der die Amerikaner sich wohl beteiligen dürften.

Das erste Wenn ist das entscheidendste: Wird Frankreich einer vernünftigen Ordnung der Kriegsschulden zustimmen, um eine Finanzkatastrophe in Deutschland zu verhindern? Das erste, was Amerika zu tun hätte, würde sein, außerordentlich großen moralischen Einfluß aufzuwenden, um eine gesunde Ordnung der Kriegslasten herbeizuführen. Die Beilegung des Konflikts muß schnell erfolgen, um die Möglichkeit einer französischen Invasion und die katastrophale Gefahr von Deutschlands finanziellem Zusammenbruch zu vermeiden. Denn dieser Zusammenbruch würde die Unmöglichkeit bedeuten, das überindustrialisierte Land zu ernähren. Ein plötzliches Aufhören der Lebensmittelzufuhren nach Deutschland kann zu jeder denkbaren sozialen und politischen Umwälzung führen, und der Zustand Europas ist derart, daß ein Ansteckungskeim auf diesem Gebiet sich schnell verbreiten kann.

Der nächstwichtigste Punkt ist der, ob Europa zu vernünftiger Zusammenarbeit und gegenseitigem Wiederaufbau zu bewegen ist. Ich persönlich glaube, daß dies am besten in einer internationalen Konferenz in Washington erreicht werden könnte. Nachdem Vanderlip sich ausführlich über das russische Problem geäußert hat, fährt er zum Schluß fort: Frankreichs Versuch, um jeden Preis von Deutschland Kriegsentschädigung zu bekommen, sogar von einem zertrümmerten Deutschland, das nicht mehr arbeitsfähig wäre, ist ebenso töricht wie der Bolschewismus. Er ist nichts anderes als Bolschewismus, denn der Bolschewismus sucht bestehenden Wohlstand an sich zu reißen, ohne dafür Sorge zu tragen, daß die produktiven Kräfte erhalten bleiben. Es gilt, die produktiven Kräfte Deutschlands zu retten. Nur wenn sie gerettet werden, kann Deutschland jemals eine große Entschädigung zahlen. Die Gefahr, daß Deutschland sich Rachegedanken hingibt, wird geringer sein, wenn es ritterlich behandelt wird, als wenn man den Versuch macht, es zu zerstückeln und zu ruinieren. Elsaß-Lothringen existiert nicht mehr als nationales Problem. Deutschland hat sich damit abgefunden, diese Provinz als verloren zu betrachten, aber es wird sich niemals mit den östlichen Grenzen, so wie sie jetzt gezogen sind, zufrieden geben. Dort ist der Keim zu neuen Kriegen gelegt. Blinder Nationalismus macht sich in Europa breit. Wenn wir die richtige Form der moralischen Führerschaft finden, so können wir viel dazu beitragen, um den Nationalismus in Rationalismus zu verwandeln. Das ist es, was Europa braucht. Hierbei zu helfen, ist Amerikas Rolle.

Die Einigung mit der Reparationskommission erreicht.

tu. Paris, 24. Mai. Die amtlichen Stellen und die Presse in Paris bestätigten am Dienstag nachmittag die Meldung der „Chicago Tribune", daß eine Einigung zwischen Hermes und der Reparationskommission zustande gekommen ist. Auf welche Punkte man sich geeinigt hat, ist noch nicht bekannt. Die Reise von Dr. Hermes ist damit vorläufig abgeschlossen.

Die Studienkommission für die internationale Anleihe

wird am heutigen Mittwoch in Paris ihre Beratungen beginnen. Die endgültige Zusammensetzung der Kommission ist folgende: Delacroix (Belgien): Vorsitzender; Dameglio (Italien): 2. Vorsitzender; Sergent (Frankreich), Kindersley (England), Vissering (Holland) und Bergmann (Deutschland) Delegierte. Auf besondere Einladung der Kommission nimmt an der Sitzung außerdem der Amerikaner Morgan teil, von dessen Haltung der Erfolg der Beratungen hauptsächlich abhängt.

Der Aeltestenrat des Reichstags,

dessen Sitzung Reichskanzler Dr. Wirth und Außenminister Dr. Rathenau beiwohnten, hat gestern beschlossen, daß der Auswärtige Ausschuß erst nach der Rückkehr des Dr. Hermes aus Paris, die am Donnerstag nachmittag erwartet wird, am Freitag und Sonnabend vormittag Sitzungen zur Besprechung der Genueser Konferenz und der oberschlesischen Frage abhält. Eine große politische Aussprache im Plenum wird voraussichtlich am Montag und Dienstag der nächsten Woche stattfinden.

Frankreichs Genua-Politik.

tu. Paris, 24. Mai. Das französische Parlament ist am Dienstag wieder zusammengetreten. Tardieu verlor in der Aussprache über die auswärtige Politik der Regierung kein Wort über die Sanktionen nach dem 31. Mai. Er warf der Regierung Poincaree vor, in den wichtigsten Fragen der Genueser Konferenz ins Schlepptau der Belgier geraten zu sein, und stellte sich auf den Standpunkt, daß entgegen der englischen und amerikanischen Auffassung die gegenwärtige internationale Lage nicht von wirtschaftlichen Fragen beherrscht sei. Er beschuldigte die französische Politik in Genua alle Gelegenheiten versäumt zu haben. Nach dem Vertrag von Rapallo war Frankreich frei. — Poincaree: Es ist auch jetzt noch frei! — Tardieu: Aber es geht nach dem Haag! — Poincaree: Nur mit dem Willen des Parlaments! — Tardieu verkündet diese These, die seiner Meinung nach in Genua hätte behandelt werden müssen. Frankreich mußte geltend machen, daß von ihm Nachsicht gegenüber Deutschland verlangt werde, während hingegen England und Amerika von ihm die Bezahlung der Kriegsschulden fordern. — Poincaree: Alles das ist gesagt worden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 23. Mai. Vizepräsident Dr. Bell eröffnet die Sitzung. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.

Abg. Weiß (Dem.) verlangt in einer Anfrage die beschleunigte Vorlegung eines Reichsgesetzes über die Lehrerausbildung.

Regierungsrat Dr. Schwarz erwidert, daß jüngst eine Konferenz der Länder in Weimar stattgefunden habe. Das Reichsministerium des Innern werde erneut auf eine baldige Entscheidung des Reichskabinetts in der Frage der Lehrerausbildung hinwirken.

Abg. Höllein (Kom.) beschwert sich über die Verhaftung des Italieners Boldrini und seine Inhafthaltung bis zur Auslieferung an die italienischen Behörden. Ferner wird gefragt, ob tatsächlich die beiden italienischen Arbeiter Francisco Ghezzi und Romeo Bachi auch verhaftet worden sind. — Die Regierung läßt darauf erwidern, daß

Boldrini wegen Mordes ausgeliefert

worden sei. Er habe in Mailand ein Bombenattentat verübt, dem 30 Menschen zum Opfer fielen, darunter auch Frauen und Kinder. Dieses Attentat habe mit keinem politischen Verbrechen in Zusammenhang gestanden. Die beiden anderen Kommunisten seien allerdings verhaftet worden, und zwar gleichfalls wegen Bombenattentaten. Das Auslieferungsverfahren schwebe noch. Ein Entwurf für ein Auslieferungsgesetz werde im Reichsjustizministerium ausgearbeitet und mit Beschleunigung vorgelegt werden.

Abg. Biener (D.-N.) verlangt, daß die Regierung keine Ausfuhrgenehmigung für die als deutsches Volksnahrungsmittel notwendigen Braunschweiger Gemüsekonserven erteilen möchte. — Die Regierung verweist auf die gestrige Aussprache im Reichstage und fügt hinzu, daß eine Entscheidung über die vorliegenden Ausfuhranträge die in Aussicht genommene Besprechung mit den Interessen stattgefunden hat.

Darauf wird die zweite Lesung des Haushalts für das Reichswirtschaftsministerium fortgesetzt.

Abg. Simon-Franken (Unabh.) geht auf das Lehrlingswesen ein. Der Achtstundentag hat sich bewährt.

Die Not der Presse

ist ja hier genügend besprochen worden. Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter der Papierindustrie haben sich, wie der Wirtschaftsminister gestern mitteilte, dagegen erklärt, daß 60 Prozent von den Gewinnen aus der Papierausfuhr zur Verbilligung des Zeitungspapiers verwendet würden.

Abg. Dr. Gildemeister (Dtsch. Vp.) hält es für richtig, daß das Wirtschaftsministerium bei Beurteilung der landwirtschaftlichen Lage sich nicht von optimistischer Auffassung tragen läßt. Wir sind

in eine Weltwirtschaftskrise hineingeraten.

Daran ist nicht zuletzt die Erfüllungspolitik schuld. Ueber den Wert unserer Ausfuhr täuschen wir uns. Wir ziehen aus der Statistik falsche Schlüsse. In Wirklichkeit ist unsere Wirtschaft gelähmt. Dazu hat auch die Betriebsratswirtschaft beigetragen, die weder produktiv fördernd wirkt, noch der Freiheit der Arbeiter dient. Der Achtstundentag für alle, gleichviel, ob sie leichte oder schwere Arbeit tun, ist unsozial. Es ist nicht möglich, auf die Dauer die Abweichung der Inlandspreise von den Weltmarktpreisen beizubehalten. Die Anpassung vollzieht sich ganz automatisch. Deutschland leidet unter der Hemmung der Ausfuhr, die mit hohen Abgaben belastet ist.

Abg. Dr. Wieland (Dem.) fordert Abbau, mindestens aber eine vernünftige Handhabung der

Außenhandelskontrolle.

Redner wünscht außerdem erhebliche Steigerung der Kohlenproduktion, schnelleren Abtransport der Lagerbestände von Kohlen und Koks, Ansammlung von Lagervorräten in Süddeutschland und Verbesserung der Qualität der Kohle durch Verringerung des Stein- und Aschegehalts.

Abg. Karthaus (Zentr.) beklagt die Blindheit, mit der die Masse des Volkes unserer elenden wirtschaftlichen Lage gegenübersteht, und die es verhindert, daß eine wirtschaftliche Einheitsfront zustande kommt. Redner wendet sich gegen den Einfluß der Kartelle und Syndikate auf die Preisbildung.

Die großen Handelssyndikate wirkten wie eine private Zwangswirtschaft.

Auch beim Zucker wolle er keine Zwangswirtschaft, aber man soll auch uns nicht aufzwingen, sie herbeizuführen. Redner protestiert gegen die Forderung der Zuckerwirtschaftsstelle, den Auslandszucker zu besteuern, da im gleichen Augenblick dann aller Inlandszucker zu Auslandszucker werden würde.

Abg. Höllein (Kom.): Die Arbeitslosigkeit der Welt wird immer weiter um sich greifen, wenn der Menschheitsstandpunkt nicht auch im Wirtschaftsleben zur Geltung kommt. Der einzige Hinderungsgrund ist aber der Kapitalismus, und diesem verschuldeten Staat fehlte im rechten Augenblick der Mut, durch

Erfassung der Sachwerte

den einzig richtigen Griff an die Gurgel der Kapitalsbestie zu tun. Redner protestiert gegen die Forderung neuer Schutzzölle, gegen die Angriffe auf den Achtstundentag und